

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Cadenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

27. März 1926

Setzer und Anzeigenabteilung: Gedruckt von 5-3 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cadenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

## Ernährungshaushalt im Reichstag.

### Die Frage des Getreidemonopols. — Nachmittags Abstimmungen.

Die heutige Sitzung des Reichstages wird um 11¼ Uhr vom Präsidenten Löbe mit der Bemerkung eingeleitet, er habe heute morgen verächtlich viele Abgeordnete mit Reisefloßern gesehen. Er hoffe, daß nicht etwa die Absicht bestehe, das Präsidium und die Redner bei den Verhandlungen allein zu lassen. Wenn heute der Haushalt erledigt werden soll, so müsse das Haus bis zum Schluß beisammen bleiben. (Zustimmung.)

Die dritte Beratung des Reichshaushalts wird fortgesetzt beim Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Beratungen drehen sich im wesentlichen um einen Antrag der Regierungsparteien, wonach aus den nach Rückstellung eines Betrages von 65 Millionen Mark verbleibenden Mitteln der Reichsgetreidestelle zur Sicherung der Getreidebewegung 30 Millionen als Einnahme eingestellt werden sollen. Diese 30 Millionen sollen als Kredit einem unter Mitwirkung der Reichsregierung stehenden berufsständigen Organ als Kredit gegeben werden, um durch geeignete Maßnahmen Schwankungen des inländischen Roggenpreises entgegenzuwirken. Ein Einvernehmen mit den berufsständigen Organisationen des Handels, der Mühlen und der Konsumenten sei anzustreben. Dieser Kredit sei bis zum 1. April 1929 zurückzuführen.

Abg. Frau Toni Sender (Soz.)

nimmt es ein sehr merkwürdiges Verfahren, das hier eingeschlagen worden sei. Es handelt sich nicht nur um die Garantie des Reiches, sondern auch um die Schaffung einer Gesellschaft und um Maßnahmen, die von ungeheurer volkswirtschaftlicher Tragweite sind. Es ist notwendig, die Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieses Vorganges hinzuweisen. Man hat bisher den Reichstag zu umgehen versucht und die Sache im Ausschuss so behandelt, als ob sie einer Kritik der Öffentlichkeit zu schenken habe. Man hat die Herabgabe dieser 30 Millionen wie einen gewöhnlichen Kredit behandelt. In letzter Minute wird jetzt dieser Antrag vorgelegt, der eine so große volkswirtschaftliche Bedeutung hat, ohne daß die Möglichkeit zu einer gründlichen Beratung besteht. Der neu zu schaffenden Gesellschaft sollen 30 Millionen aus Reichsmitteln gegeben werden ohne jede Sicherheit, ohne jegliche Garantie dafür, daß das Reich auch wieder in den Besitz dieser Summe gelangen kann. Dabei ist der Erfolg dieser Maßnahme noch sehr zweifelhaft. Alle unsere Anträge in dieser Sache sind ohne besondere Begründung abgelehnt worden. Das Reich muß doch sehr viel nützliche Mittel zur Verfügung haben, wenn man so ohne weiteres 30 Millionen hergeben kann. Wenn wir Mittel für soziale Zwecke verlangen, dann hören wir gern, daß kein Geld da sei. Dieser Vorgang ist ohne Beispiel in der Staatsgeschichte. (Sehr richtig bei den Soz.) Es handelt sich ohne Frage um ein Geschäft, aber an wen? Nicht an die Landwirtschaft, denn wir wissen ja noch gar nicht, ob die Landwirtschaft Nutzen von dieser Maßnahme haben wird.

Es soll lediglich ein privates Monopol zum Zwecke des Hinauftriebens der Preise für Roggen geschaffen werden.

Man hat darauf hingewiesen, daß die Gestaltung der Roggenpreise der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden solle. Man läßt aber dabei außer acht, daß doch ebenso wie in der Industrie doch auch in der Landwirtschaft eine Umstellung stattfinden muß und daß das nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Preise bleiben kann. Wenn es wirklich gelingen sollte, den Binnenmarkt zu beeinflussen, so bleibt doch immer die Beeinflussung des deutschen Marktes durch den Weltmarkt übrig. Merkwürdig ist es auch, daß die Privatgesellschaft 30 Millionen vom Reich bekommt und daß sie dann, ohne daß das Reich etwas dazu zu sagen hat, die Preise vorzuschreiben soll. Bölling ungenügend ist es, wie die Beschlüsse des Reichskommissars geregelt werden sollen. Die Verbraucher sollen im ganzen nur einen Vertreter in der Gesellschaft erhalten. Die Rednerin erinnert daran, daß noch vor wenigen Jahren die Rechtskreise sich gegen einen Plan gewandt hatten, wie er jetzt verwirklicht werden soll. So schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ am 15. Februar 1923:

„Mit erheblichem Staunen hat eine weitere Öffentlichkeit erfahren, daß unter der Beteiligung des Reiches eine private Gesellschaft gegründet worden ist, die sich zur Aufgabe macht, den Getreidehandel zu finanzieren und die damit über ihn unter Umständen eine sehr weitgehende Kontrolle ausüben kann.“

Daselbe Blatt wandte sich damals dagegen, daß man einer beratigen privaten und in keiner Weise gemeinnützigen Erwerbsgesellschaft öffentliche Gelder zur Verfügung stellen will. Es sei von einem Allgemeininteresse nicht das mindeste dabei sichtbar. Heute hat sich die Stellung der agrarischen Kreise zu diesem Plane wieder geändert. Wir fragen: Woran leidet die deutsche Landwirtschaft? Sie leidet in der Hauptsache an Kapital- und Kreditmangel, an den ungeheuren Schwankungen, denen die Preise ihrer Produkte ausgesetzt sind. Die niedrigen Preise schädigen die Landwirtschaft, ohne daß die Verbraucher Nutzen davon haben. Der Brotpreis ist nicht entsprechend den Getreidepreisen gesunken.

Nicht dieser Zustand ist lediglich die Spekulation, er zwingt Handel, Mäckerel und Bäckerei zu Risikoprämien. Der Landwirtschaft muß in anderer Weise Hilfe gebracht werden.

Notwendig ist die Verkürzung des Weges zwischen Produzenten und Konsumenten. Wir haben zweckmäßige Maßnahmen vorgeeschlagen, wenn Sie ihnen zugestimmt hätten, dann wäre eine Sicherung gegen die Preisschwankungen geschaffen worden. Bei der neuen Gesellschaft werden die Interessen der Verbraucher überhaupt nicht berücksichtigt; dabei stehen die Interessen der Produzenten und der Verbraucher durchaus nicht einander gegenüber. Der von uns vorgeschlagene Weg hätte beiden Seiten besser gedient, als es der neue Plan tut wird. Wir wenden uns gegen die jetzt vorgeschlagene Maßnahmen, weil sie nur Enttäuschungen bringen und neue Benutzungen schaffen werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zu dem Antrag der Regierungsparteien ist ein Zusatzantrag der Sozialdemokratischen Partei einge-

gegangen, wonach über die Verwendung dieser 30 Millionen Mark ein besonderes Reichsgesetz beschließen soll.

Abg. Blum (Z.) wünscht, daß die Regierung auf eine Herabsetzung des Zinsfußes hinwirke. Die Kredite müssen auch den kleinen Landwirten zugeteilt werden. Das Programm des Reichsministers Haslunde und des preussischen Ministers Steiner brauche nur durchgeführt werden, um der Not der Landwirtschaft abzuhelfen. Durch die Vorlage über die Getreidehandelsgesellschaft müsse versucht werden, eine Erleichterung für die Landwirtschaft zu schaffen, wenn auch die Wirkung vielleicht nicht allzu groß sein sollte.

Reichsernährungsminister Dr. Haslunde:

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss habe die Frage wochenlang eingehend geprüft. Handel und Mühlen sollen an der Gesellschaft beteiligt werden und sich darin die Waage halten. Wir halten an dem im Ausschuss dargelegten Bedingungen bezüglich der Reichsaufsicht fest. Es ist nur eine dreijährige Dauer vorgezogen, so daß es sich wirklich nur um eine Probestandnahme handelt. Die von den Sozialdemokraten verlangte Denkschrift über die Erfahrungen mit einem Getreidemonopol in anderen Ländern wird in meinem Ministerium ausgearbeitet und dem Reichstag vorgelegt werden. Die Regierung legt Wert darauf, daß diese Vorlage noch vor dem Auseinandergehen dieses Hauses erledigt wird. Es muß erreicht werden, sie jetzt noch in diesem Jahre wirksam zu machen und den Anstoß an die diesjährige Ernte zu gewinnen. Eine solche Gesellschaft muß längere Zeit vorbereitet werden. Die Regierung bittet also, diese Vorlage noch vor den Ferien zu erledigen.

Aus weiteren Bemerkungen des Abg. Hörsale (Komm.) und der Abgeordneten Sender (Soz.), die dem Abg. Blum und dem Minister entgegenritt, wird der Haushalt mit den vom Sparauschuss beantragten Kürzungen angenommen. Ueber den Antrag auf Bewilligung von 30 Millionen Mark zur Sicherung der Getreidepreise soll am Nachmittag um 4 Uhr namentlich abgestimmt werden in Verbindung mit den namentlichen Abstimmungen über die Steueranträge.

## Zum Tode Fehrenbachs.

### Sozialdemokratisches Beileid.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Angehörigen des verstorbenen Abg. Fehrenbach das folgende Beileidstelegramm übermittelt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion spricht Ihnen und den Ihrigen das herzlichste Beileid anlässlich des Todes Ihres Herrn Vaters aus. In der deutschen Geschichte wird Konstantin Fehrenbach fortleben als einer der Männer, die nach dem Niederbruch der wilhelminischen Ära ohne Zögern ihre beste Kraft dem deutschen Wiederaufbau widmeten, bis sie der Tod abrief.

Hermann Müller.

Am Grabe Fehrenbachs wird die Reichstagsfraktion auch einen Kranz niederlegen lassen. Als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden die Genossen Hermann Müller, Dittmann und Breitscheid an der Beerdigung teilnehmen.

## Deutschösterreichs Kanzler in Berlin.

### Empfang durch Stresemann.

Amlich wird gemeldet: Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek ist heute vormittag 9 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Dr. Peter, Sektionschef Dr. Schülle und andere Herren.

Zu ihrem Empfang waren erschienen der Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär von Schubert. In Vertretung des Reichskanzlers der Staatssekretär Kempner, der Ministerialdirektor Köpfe, Ferner der österreichische Gesandte Dr. Frank mit Herren der Gesandtschaft und der tschechoslowakische Gesandte Dr. Kroft.

Nach kurzen Begrüßungsworten begab sich Dr. Ramek nach der österreichischen Gesandtschaft.

Der Reichspräsident gab zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers ein Frühstück, an dem außer der Begleitung des Bundeskanzlers und der Umgebung des Reichspräsidenten der apostolische Nuntius, der österreichische Gesandte, Reichstagspräsident Löbe, Reichskanzler Dr. Luther, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Schubert, teilnahmen.

## Bodenreform und Grundstückwert.

Mit Rücksicht auf den Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstags fand im Reichsarbeitsministerium eine Sitzung des ständigen Beirats für Heimstättenwesen unter Vorsitz Damaskhes statt. Der bereits vor mehreren Jahren aufgestellte Entwurf eines Bodenreformgesetzes wurde einer Durchprüfung unterzogen und in mehreren Punkten den geänderten Verhältnissen angepaßt und erweitert. In einer Entschließung wurde gefordert, daß die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgesetzten Grundstückswerte veröffentlicht werden.

Fehrenbachs Nachfolger im Reichstag. In Stelle des verstorbenen Reichskanzlers Fehrenbach wird im Reichstag nach der Wahlvorschlagsliste der Zentrumspartei Frau Klara Philipp, die Gattin des Landespartmeisters Philipp in Karlsruhe, treten.

## Das Elend klagt an!

### Wahnung an den Reichstag.

Aus Niederschlesien wird uns geschrieben:

Das niederschlesische Steinkohlenrevier umfaßt drei politische Kreise, Waldenburg, Landeshut und Neurode. Der Stadt- und Landkreis Waldenburg umfaßt 380 Quadratkilometer. Auf diesem räumlich kleinen Gebiet wohnen nicht weniger als 280 000 Menschen. In der vorhandenen Industrie werden 48 bis 50 000 Arbeiter beschäftigt. Den Hauptteil davon mit 32 000 Arbeitern stellt der Bergbau. Ihm folgen: die Porzellan-, Eisen- und Textilindustrie, Glasfabriken, das Baugewerbe und zuletzt das Kleingewerbe.

Die kulturelle Not dieser Bevölkerung spiegelt sich vor allen Dingen in der ungeheuren Wohnungsnot wieder. Diese ist eine typische Erscheinung, die schon in der Vorkriegszeit wie nirgends in Deutschland bestand. Der Krieg und die Nachkriegsfolgen haben hier geradezu verheerend gewirkt. Es ist bezeichnend, daß 75 bis 80 Proz. der Wohnungen im Kreise nur aus einem einzelnen Raum bestehen, und daß sogar in der Stadt Waldenburg mit seinem immerhin starken Bürgertum 31 Proz. aller Wohnungen nur einen einzelnen Raum umfassen, und daß der Besitz von Stube und Küche bereits als Ausnahme gilt!

Welche Zustände selbst bürgerliche Personen, die Zweifel an der Richtigkeit dieser Zahlen hegten, gefunden haben, geht aus einem Aufsatz von Dr. Baron Hegner, der allein 19 Fälle der trapefften Art skizziert. Es seien nur einige davon heraus-

1. Fall: 2 Stuben mit je 20 Quadratmeter Flächenraum. Ein Ehepaar mit neun Kindern.
2. Fall: 1 Stube 20 Quadratmeter. Mutter mit 4 Kindern, das älteste ein Mädchen mit 16 Jahren (gravid).
3. Fall: 1 Stube 16 Quadratmeter. Mutter (unterleibstrank) mit 4 Kindern von 20 bis 18 Jahren. Ein 18jähriger Sohn lungenkrank, in ärztlicher Beobachtung. Die 16jährige hochaufgeschossene, blutarme Tochter arbeitet in einer Porzellanfabrik von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr. Die einständige Mittagsspeise kann nicht zu Hause verbraucht werden; Wochenlohn 9 bis 10 Mark.
4. Fall: 2 Stuben 24 und 16 Quadratmeter. Ein Ehepaar und 7 Kinder, dazu der Bräutigam einer Tochter. Drei Jahre lang wohnte hier noch ein Ehepaar mit drei Kindern, das aber jetzt weggezogen ist. Mutter herzkrank (vor Weihnachten Grippe) ¼ Jahr lang freie ärztliche Behandlung, die Hälfte der Kosten für Medizin mußte die Familie selbst tragen. Mann jetzt arbeitslos. Noch 13 W. in der Woche zum Leben. Haus in einem scheußlichen Bauzustand. Flur stinkt furchtbar. Bei den Kindern „Schulaußschlag“.
5. Fall: 2 Stuben 20 und 12 Quadratmeter. Ein Ehepaar mit neun Kindern von 16 bis 3 Jahren (6 Knaben und 3 Mädchen). Zwei Kinder sind gestorben (also im ganzen bis jetzt 11) das eine mit 6 Jahren, ½ Jahr nach der Geburt erblindet, das andere mit ¼ Jahr. Frau im zweiten Monat gravid. Tageslohn des Mannes 3,35 M. Monatlich sind für Miete und Licht 10 bis 11 M. zu zahlen.
6. Fall: Mansarde 16 Quadratmeter, 2 Meter hoch. Dede beginnt abzufallen. Ein Ehepaar mit 2 Kindern; Frau gravid. In einer anstehenden unglücklichen sogenannten „Dachkammer“ (ohne gerade Dede) schläft die Schwester der Frau. Das Haus ist bau-fällig und darum verankert. Ratten!

Beachtenswert ist, daß der Bergarbeiter in Wechsel-schichten arbeiten muß. Es kommt nicht selten vor, daß Bergarbeiter monatelang nur in der Nachtschicht beschäftigt werden. Kann sich der Bergarbeiter ausruhen, wenn er bei Tage in einem Räume schlafen muß, in dem oft 10 bis 20 Familienmitglieder mitwohnen; in dem Räume, wo gelocht, gegessen, gewaschen und alle übrigen Arbeiten verrichtet werden müssen? Daß dieser Arbeiter abends zerschunden und zerschlagener zur Arbeit geht, als er am Morgen sie verlassen hat, braucht wohl nicht erst näher erörtert werden. Dieser Arbeiter steht doch in einem Monat mehr an seiner Gesundheit und Arbeitskraft zu, als ein normaler Mensch in 4 bis 5 Jahren zugewinnen imstande ist.

Die Stadt Waldenburg allein marschiert mit 3200 Wohnungsuchenden an der Spitze aller Statistiken. Bei 13 000 Haushaltungen bedeutet das, daß jede vierte Familie eine unzureichende oder gar keine Wohnung hat!

Die wirtschaftliche Not spiegelt sich in den Gesundheitsverhältnissen und in der sittlichen Verwahrlosung wider. Das Niederschlesische Revier ist durch seine niedrigen Löhne weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt. Beim Verfahren der regelmäßig laufenden Schichten im Monat arbeitet der niederschlesische Bergarbeiter gegen einen Lohn, der noch weit unter den reinen Ernährungskosten bleibt, die vom Reichsstatistischen Amt ermittelt werden. Was an Kleidung, Wäsche, Hausgerät, Wohnungsmiete, Lebensversicherung und einem eventuellen Kulturbeitrag aufgewendet werden muß, geht noch von dem Betrage ab, der allein für die Ernährung schon nicht ausreicht. Dazu kommt, daß die Familienhilfe in der Knappschafft, dank des halsstarrigen Verhaltens der Arbeitgeber, bis heute noch nicht wieder eingeführt worden ist. Die schlechte Bezahlung spiegelt sich denn auch in dem Gesundheitsverhältnis der Bevölkerung wider. Wir haben schon öfters die Forderung erhoben, daß sämtliche noch arbeitenden Bergarbeiter einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden sollten. Würde dies objektiv vorgenommen, dann würde die Welt entsetzt aufhorchen, auf wel-







## Schlusssitzung im Landtag. Erledigung kleiner Vorlagen.

In der heutigen Landtagsitzung wiederholte Abg. Piel (Komm.) mit Bitterkeit dem Hause empfangen, seinen Antrag, die Aufhebung des Landtages vorzunehmen und die Neuwahl auf den 8. Mai 1926 festzusetzen. Für die Dringlichkeit dieses Antrages sprachen die von der Regierung beabsichtigten Täuschungsmanöver (!), die sie durch den Amtlichen Preussischen „Täuschungsdiener“ der Deffentlichkeit mitgeteilt habe. (Ordnungsru.) Die Regierung habe den Mut, sich auf die Zustimmung von 13 Stimmen des Hauses zu berufen.

Das kommunistische Verlangen scheitert an dem Widerspruch der Sozialdemokraten.

Großer Lärm im ganzen Hause, Sozialdemokraten und Kommunisten schreien erregt aufeinander ein. Die Glade des Präsidenten kann nur mit Mühe die Ruhe einigermaßen wiederherstellen. Als die Kommunisten ihre lörmenden Jurale fortsetzen, rufen die Sozialdemokraten ihnen zu: Ruhe auf der Idiotenbank!

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein, auf der zunächst unbedeutende kleine Vorlagen stehen.

In allen Lesungen wird ein Initiativgesetz zur Änderung des Gewerbe- und Handelslehrerdienstentlohnungsgesetzes erledigt. Das Gesetz regelt die Deduktion der Schulunterhaltungskosten durch die Gemeinden; es tritt am 1. April 1926 in Kraft mit Geltungsdauer bis zum 31. März 1927. Annahme findet ein Zentrumsantrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch den die Ausbringung der Kosten für gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen in der Weise geregelt wird, daß der Staat mindestens 50 Proz. der Kosten übernimmt und den Rest der Lasten zwischen Gemeinden und Arbeitgebern im Sinne des § 16 des Gewerbe- und Handelslehrerdienstentlohnungsgesetzes verteilt wird. Es soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, ein Reichsrahmengesetz zugunsten der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen zu erlassen.

Das Haus stimmt dann dem Ausschussantrag über Maßnahmen für Entschlammungsarbeiten des Niederschlags zu. Danach wird das Staatsministerium u. a. ersucht, dem Landtag innerhalb von drei Monaten ein Gesetz zur Regulierung und Reinhaltung des Flusses, ähnlich dem Lippegesetz, vorzulegen.

Ohne Aussprache wird dem Antrag des Hauptauschusses zugestimmt, monach das Staatsministerium der preussischen Zentralgenossenschaftskasse gegenüber für die Zeit bis zum 1. April 1927 die Ausfallbürgschaft bis zu 15 Millionen Mark übernehmen soll für den Fall der Nichterreichbarkeit von Krediten, die die Kasse den Verbandskassen zur Beschaffung von Kreditmitteln bis zum 1. Juni 1926 gegeben hat. Das Staatsministerium soll auch gemeinsam mit der Reichsregierung die Stichtagspreisbildung nachprüfen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: 20. April, 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetz zur Einbringung staatlichen Bergwerksbesitzes in die Preussische Verwaltungs-, Rechtsanwaltschaft, Fortsetzung des Wohlfahrtsausbaus.

## Sozialkredite.

### Beschlüsse des Reichshaushaltsausschusses.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt genehmigt in seiner Sonntagsitzung noch kurz vor Tageschluss die Gewährung verschiedener Kredite.

Den kleinen und mittleren Weinbaubetrieben sollen 15 Millionen Mark sofort für Konsumkredite zu den bisherigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Die Kredite werden erst am 31. Dezember 1930 fällig. Die Regierung stellt im Einvernehmen mit den Ländern und nach Anhörung der Bürgerorganisationen für die Verteilung einheitliche Richtlinien auf.

Den Gemeinden in Heilbädern und privaten Heilanstalten im besetzten Gebiet soll aus Postcheckgeldern ein verbilligter Kredit in Höhe von 5 Millionen Reichsmark auf drei Jahre zur Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz ist auf 2 Proz. unter Reichsbankdiskont, höchstens auf 5 Proz. zu vermindern. Das Reich trägt die Hälfte der Kosten dieser Verbilligung.

Zugunsten der Liquidations- und Gewalttätigkeiten, die im Zusammenhang mit ihrem Kriegsschaden ein Darlehen vom Reichsentwidlungsausschuss erhalten haben, soll die Fälligkeit der vor dem 1. Oktober 1926 fälligen Rückzahlungsraten in der Weise hinausgeschoben werden, daß die Rückzahlung der Raten nicht vor dem 1. Oktober 1926 beginnt. Zur gleichmäßigen Durchführung der Nachschüßungen und Wiederaufbauarbeiten auf Grund der Richtlinien sowie zur Gewährung von Altersbeihilfen soll die Regierung ersucht werden, vorläufig die Summe von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

## Vor einer Entspannung in Paris?

### Pläne für das Finanzkompromiß.

Paris, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Freitag in einer Nachtsitzung die verschiedenen Maßnahmen zur Deckung des Haushaltsdefizits geprüft. Sie hat die vom Finanzminister beantragte Kopfsteuer angenommen und deren Höhe für größere Vermögen erhöht. Sie hat eine Anzahl kleinerer Steuererhöhungen beschlossen, u. a. auch auf sozialistischem Antrag eine Wertzuwachssteuer, die bei Besitzübertragung von Immobilien und Grundbesitz erhoben wird.

Der Ertrag der Kopfsteuer wird auf 600 Millionen, die Einnahmen aus den gesamten beschlossenen Steuererhöhungen auf 1380 Millionen veranschlagt. Es bleibt folglich noch etwas über eine Milliarde neuer Einnahmemeinheiten zu finden.

Zur Erhöhung der Umsatzsteuer liegt ein Kompromißvorschlag vor, dem voraussichtlich auch der Finanzminister zustimmen wird. Das Kompromiß befürwortet die Erhöhung der Umsatzsteuer auf Großisten und Zwischenhändler und verpflichtet eine Einnahme von 1,5 Milliarden. Man hegt die Hoffnung, daß auf dieser Grundlage eine Einigung zwischen Regierung und Kammer möglich sein wird und spricht bereits von einer Entspannung der Lage.

## Brasilien Selbständigkeit.

Es erklärt, aus eigenem Antriebe gehandelt zu haben.

New York, 27. März. (Ill.) Der brasilianische Botschafter weist im Auftrag seiner Regierung in einer Erklärung an die „Times“ darauf hin, daß die Berichte, wonach Brasilien in Genf unter fremdem Einfluß gehandelt habe, völlig unbegründet seien.

Die Stellungnahme der brasilianischen Regierung in Genf wäre aus eigenem Antriebe erfolgt und habe dasjenige verteidigt, was sie für richtig hielt. Brasilien habe den anderen Kandidaturen für den Völkerbund nicht sekundär gegenüber gestanden.

Das Interesse Brasiliens am Völkerbund und am Vertragswerk von Locarno erlaube Brasilien nicht, die weltpolitischen Interessen dem ausschließlich europäisch-kontinentalen Gesichtspunkten dienenden Locarno-Vertrag unterzuordnen. Brasilien habe in Genf eine oppositionelle Stellung nur insofern eingenommen, als es sich gegen die Ausschließung des gesamten amerikanischen Kontinents vom Völkerbund gewehrt habe.

Genosse Heinrich Schult, der vom deutschnationalen Innenminister Säule bekanntlich kaltgestellt worden war, wird am 1. April sein Staatssekretariat im Reichsinnenministerium wieder übernehmen.

## Häuserverfall in Groß-Berlin.

Der Bezirksmieterausschuss der S.P.D. Groß-Berlin hatte zu gestern eine Sitzung der Abteilungsleitervertreter einberufen, in der Genosse Otto Rost über die Erhaltung der Altmwohnungen referierte. Er führte aus, daß der Zustand der Altmhäuser zum Teil geradezu gesundheitsgefährlich sei. Die Baupolizei aber greift nur ein, wenn Lebensgefahr vorhanden ist. Sie begründet ihre Untätigkeit damit, daß die Hausbesitzer derartig wirtschaftliche Schwierigkeiten hätten, daß sie nicht in der Lage wären, die notwendigen Reparaturen auszuführen.

Es sei falsch anzunehmen, daß die Wohnungsämter eine Schöpfung der Kriegszeit oder Nachkriegszeit seien. Als der Zug in die Großstadt die Wohnungsfrage brennend machte, wurden in den Jahren 1911 bis 1913 in Groß-Berlin Wohnungsämter errichtet, die eine rein wohnungspflegerische Tätigkeit hatten. Gegenüber den Forderungen auf Abbau der Wohnungsämter stellen wir die Forderungen auf ihren Ausbau. Bis 4. August 1914 war der Mieterschutz durch das Bürgerliche Gesetzbuch geregelt, dessen Bestimmungen genügend Schutz für die Mieter boten, aber diese Mieterschutzbestimmungen wurden illusorisch gemacht durch entsprechende Mietverträge. Jetzt ist der Mieterschutz in besonderen Gesetzen festgelegt, und zwar im Reichsmieterschutz, im Mieterschutzgesetz und im Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken. Während diese drei Gesetze reine Zwangsgesetze sind, die eine Befristung haben, ist das Wohnungsgesetz, in dem ebenfalls Bestimmungen über den Mieterschutz zu finden sind, auf längere Dauer berechnet. Ein Teil der Miethäuser ist auf den Übergang des deutschen Hausbesitzes in die Hände von Ausländern während der Inflationszeit zurückzuführen. Im Bezirk Prenzlauer Berg zum Beispiel gingen von 400 bebauten Grundstücken 3000 in die Hände von Ausländern über. Heute beschränkt sich der Auslandsbesitz auf 600 bis 700 Grundstücke. Das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken kam für diese Dinge viel zu spät und konnte infolgedessen die rein spekulative Ausnutzung der Grundstücke, die kein Interesse an der Erhaltung hat, nicht unterbinden. Dieses Gesetz gibt den Bezirkswohnungsämtern weitgehende Möglichkeiten, die Reparaturverpflichtungen der Hausbesitzer sicherzustellen, indem sie von den Käufern der Häuser Geldhinterlegungen verlangen. Diese, die zurückgefordert werden, wenn die Reparaturverpflichtungen erfüllt sind. Der Redner wies dann auf die Bestimmungen in den anderen Gesetzen hin, die den Mietern ermöglichen, die notwendigen Reparaturen durchzuführen. Er beklagte, daß die Baupolizei in Groß-Berlin noch nicht sozial genug sei, um den Wert einer menschenwürdigen Wohnung zu begreifen und daß sie vielfach versage.

In der Diskussion, die sich an den Vortrag anschloß, wurde vor allen Dingen gefordert, daß für die Anstellung von Baukontrolloren, die jetzt von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt seien, nur sozial denkende Menschen in Frage kämen. In die Schiedsgerichte gehörten Laien hinein und nicht reine Interessenten. Ferner sei es notwendig, für eine Ueberführung des sozialen Mieterschutzes in das allgemeine Recht zu sorgen, um auf diese Weise eine Einheitlichkeit des Mieterschutzes im sozialen Sinne zu erzielen.

## Erhöhung der Aprilmiete.

### Von 84 auf 94 Prozent.

Wie wie vom Zentralwohnungsamt erfahren, ist die Miete für April von 84 auf 94 Proz. erhöht worden. Mieter aber, die die Schönheitsreparaturen selbst ausführen lassen, zahlen 90 Proz. Als Begründung dieser Erhöhung wird angegeben, daß die Haussteuer von 28 Proz. sich am 1. April auf 36 Proz., also um 8 Proz., erhöht. Das Mehr von 2 Proz. soll den Hauswirten für nötige Reparaturen zur Verfügung stehen.

## Wieder eine Familientragödie.

### Auch eine Folge der Wohnungsnot.

Familientragödien, die durch den Revolver beendet werden, häufen sich in den letzten Tagen in erschreckender Weise. Es scheint so, als ob kein Tag vergehe dürfte, ohne daß über solche Ereignisse zu berichten wäre. So forderte in der letzten Woche ein Familienglied wiederum zwei Opfer.

Im Westen Berlins in der Kumbacher Str. 3 gab der Bauunternehmer Franz Henzel nach vorhergegangenem Streit auf seine Ehefrau mehrere Schüsse ab. Dann tötete er mit einem weiteren Schuß seinen Hund. Auch auf die 28-jährige Untermieterin Herta Neumann schoss er mehrmals, ohne sie jedoch zu treffen. Das Fräulein suchte in ihrer Angst durch das Fenster und Sprung aus der im Hochparterre gelegenen Wohnung auf die Straße hinab, ohne sich zu verletzen. Eine sofort alarmierte Schutzstreife und Kriminalbeamte, die kurze Zeit nach dem tragischen Vorfall in der Wohnung erschienen, fanden Henzel mit einem Kopfschuß tot auf. Wahrscheinlich hat er sich in dem Glauben, daß seine Frau tot sei, den tödlichen Schuß beibringt. Ein sogleich hinzugezogener Arzt stellte bei Frau Henzel nur eine unerhebliche Armverletzung fest, so daß sie nach Anlegung eines Rotverbandes in der Wohnung verbleiben konnte. Henzel und Frau lagen bereits in Scheidung, mußten jedoch wegen Wohnungsnot wieder zusammen wohnen. Gestern, kurz vor der Tat, kam es wieder zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Mann zur Waffe griff. Die Kriminalpolizei ist mit der weiteren Aufklärung des Vorfalls beschäftigt.

## Immer wieder die „roten Tausendmarkscheine“.

Die Frage der roten Tausendmarkscheine will nicht zur Ruhe kommen, trotzdem das Kammergericht die Ansprüche der wegen Aufwertung klagenden Inhaber dieser Scheine abgewiesen hat. Wenn ein Lustspielbildner um den Stoff zu einer grotesken Verlegenheit sein sollte, dann können wir ihm nur empfehlen, in eine der Versammlungen zu gehen, die der „Reichsbank-Gläubigerverband“ einberuft. Gestern war so eine „Sabotage“-Vorstellung in der Schönhauser Festhalle, in der der Verbandsvorsitzende, Fabrikant Koll, referierte. Er schimpfte auf alles, auf die Presse, die „Bestochten“ sei, auf die Reichsgerichtsräte, die von der Justiz nichts verstanden, auf den Reichsbankpräsidenten, der ins Zuchthaus gehöre, und ähnliches mehr. In Berlin werden zwar keine Kartoffeln angebaut, aber trotzdem finden sich noch viele „Gläubiger“, die den Worten solcher Propheten mit Andacht lauschen. Nachdem sie, wie viele Ungezähle, die nicht im Besitz von roten Tausendmarkscheinen sind, schon durch die Inflation ihr Geld verloren haben, wollen sie durchaus noch mehr Geld bei diesen Verbänden verlieren. Wenn es den Inflationsgeschädigten wirklich erst beweisen wäre mit ihren Aufwertungsansprüchen, dann hätten sie sich bei der letzten Reichstagswahl durch entsprechende Stimmabgabe betätigen können. Sie sind aber befanntlich den Stimmzetteln der Deutschnationalen gefolgt. Was sie davon haben, das sehen sie nun. Jetzt schimpfen und jammern sie, aber als sie handeln sollten, da haben sie die Gelegenheit verpasst.

## Warnung vor Auswanderung nach der Türkei.

Aus der Türkei kommen immer wieder Klagen, daß vorzugsweise Deutsche, sei es aus Abenteuerlust oder auf Stellungssuche dort eintreffen, aber bald durch Mangel an Beschäftigung in oblige Mittellosigkeit, Not und Elend geraten. Die Auslichten, in der Türkei ein Unterkommen zu finden, sind auch zurzeit denkbar ungünstig. Es müssen sogar Deutsche in der Türkei, die bisher feste Stellung hatten, infolge neuer Polizeivorschriften durch türkische Staatsangehörige ersetzt werden. Auch in Smirna oder sonstwo in Süd- oder Westanatolien bietet sich bei Wiederaufbauarbeiten keine Aussicht auf Beschäftigung. Von Wiederaufbauarbeiten im eigentlichen Sinne kann in Smirna gar

nicht gesprochen werden. Für die wenigen Bauten werden einheimische Arbeiter, für Straßenarbeiten auch häufig Gefangene verwendet. Gelegentlich angelegte Fremde gehen auf die Dauer unter den unsäglich primitiven Verhältnissen zu Grunde. Wer trotz aller Warnungen dennoch nach der Türkei aus Ungezähle auswandert, muß damit rechnen, daß er seinem Schicksal überlassen bleibt, da die Deutschen drüben, auch die deutschen Besatzungen keine Mittel haben, um solchen Leidensgenossen zu helfen.

## Ein Wächtermord!

Unter verdächtigen Umständen wurde heute morgen auf den Eisenwerken von F. H. Landenköpfer G. m. b. H. an der Pöschelstraße 5/6 der 57-jährige Wächter Maximilian Jauerl aus der Luftstr. 57 zu Reinickendorf tot aufgefunden. Jauerl ist schon seit Jahren im Dienste der Gesellschaft. Gestern abend trat er, wie immer, nach Schluß des Betriebes um 8 Uhr mit zwei Hundchen seinen Nachdienst an.

Als heute morgen um 7 Uhr die Angestellten und Arbeiter erschienen, wunderten sie sich, daß Jauerl, der sie sonst immer einließ, die Eingänge gegenüber dem Elektrizitätswerk noch nicht geöffnet und auch die Nachtbeleuchtung auf den Höfen und in einzelnen Fabrikräumen nicht abgestellt hatte. Man stieg durch ein Fenster ein, suchte nach dem Wächter und fand ihn endlich auf einem kleinen Hofe, an den sich Kontorräume und die Toiletten anschließen, blutüberströmt auf dem Rücken tot daliegend. Der erste Augenschein deutete darauf hin, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Deshalb wurde die Kriminalpolizei alarmiert. Der Chef, Regierungsdirektor Dr. Weiß, erschien alsbald mit dem stellvertretenden Leiter der Mordinspektion, Kriminalkommissar Bernburg, der Mordkommission, den Kriminalkommissaren Dr. Wächter und Hentschel, dem Erkennungsdienst und einem Stab von Beamten. Sofort wurde ein Polizeihund angeleitet, der aber keine Spur aufnahm. Das Gesicht des toten Wächters war so stark mit Blut bedeckt, daß man zunächst nur eine blutunterlaufene Schwellung an der linken Kopfseite feststellen konnte. Sie scheint von einem stumpfen Gegenstande herzuführen. Blut war zum Teil aus dem Munde, etwas auch aus den Ohren geflossen. Nähere Feststellungen kann erst die gerichtsarztliche Untersuchung ergeben. Die Pistole des Wächters lag einige Schritte von der Leiche entfernt. Blutspuren zeigten sich auf dem kleinen Hofe und auch auf einem Gange, auf dem Raps stehen, in deren Jauerl seinen Hund das Futter zu bereiten pflegte. In einem dieser Raps lag das künstliche Gesicht des Wächters. Neben den Raps lag ein Sack, auf dem die Wachhunde in den Zeiten zwischen den Rundgängen schlafen. Der ganze Befund wurde vom Erkennungsdienst photographisch festgelegt.

## Frau Dr. M. Mensendieck in Berlin.

Die Begründerin des bekannten Körperkulturinstituts sprach vor geladenen Gästen im Langenbeck-Virchow-Saal. Sie ging in ihren interessanten Ausführungen von der Bewegung überhaupt aus, die viel mehr als bisher auf den menschlichen Körper bezogen werden und von ihm ausgehen müsse. Auf das Wohlwollen des Menschen ist weder in der theoretischen Wissenschaft noch in der praktischen Erziehung genügend Wert gelegt. Wie Hebelarmutungen die einzelnen Glieder, hier zieht der eine, da der andere Muskel, und wenn die Gelenke recht gefügt sind, so kann die auktore Architektur erreicht werden, die der Körper will. Erst nachdem die einzelnen Disziplinen mit unendlicher Geduld gefügt sind und nicht nur alles im Gleichgewicht, sondern auch das Auge durch Zeichen und damit das Gehirn unmittelbar in den Bewegungstakt einbezogen ist, kann die harmonische Bewegung im Raum beginnen. Neun Monate seien gar nichts für eine Körpererziehung; bei den Frauen aus den Arbeiterinnenkreisen New Yorks, wo Frau Dr. Mensendieck nun schon 20 Jahre wirkt, dauere es häufig viel länger, bis erfreuliche Fortschritte sich zeigten. An außerordentlich sicher gewählten und schönen Ausnahmen sei die auch als Sprecherin fabelhafte Frau die schwachen Stellen am Körper, deren Fehler sie durch mühsames Einhalten in den Stromkreis, in die Zwangsausläufer, korrigiert; sie hat auf diese Weise auch Kindererziehungen geleitet, wo die bedeutendsten Verate sich mit Achselzucken zurückgezogen hatten.

Linienumleitung wegen Bauarbeiten. In der Nacht vom 30. zum 31. März müssen wegen Gleisbauarbeiten an der Ecke Große Frankfurter Straße und Andreasstraße die Bogen der Linie 1 in Richtung A (Halsches Tor—Strausberger Platz—Königsplatz) von 1 Uhr an umgeleitet werden über Brückenstraße—Alexanderstraße—Alexanderplatz—Königsplatz. Ebenso müssen von 1 Uhr an die Bogen der Linie 68, 69, 78 und 178 in Richtung Alexanderplatz, der Linie 69 von 2 Uhr an auch in Richtung Lichtensberg über Königsberger Straße—Grüner Weg—Blumenstraße—Alexanderstraße geleitet werden.

Richard Strauß-Abend im Rundfunk. Mit dem Programm des Richard Strauß-Abends zeigte der Rundfunk sich wieder einmal von seiner günstigen Seite, und man nimmt Dasbesten dieser Art gern als Ausgleich für manche verfehlte Entgegen. Gerade der junge Richard Strauß ist in seinen Werken geeignet, Interesse und Liebe eines großen Publikums zu erlangen. Die klingende Farblosigkeit seines Draufers, die unbedingt musikalische Idee der Komposition, die in manchen späteren Werken weit weniger deutlich scheint, gewinnen hier das Herz auch des nicht musikalisch sonderlich Geschulten. Von den Drauferswerken werden wohl besonders der „Don Juan“ und der noch charaktervollere „Zill Galenspiegel“ sehr vielen Hörern Freude bereiten haben. Geklärt und sinnvoll war es, zwischen den einzelnen musikalischen Kompositionen Straußsche Wieder zu bringen, denen Cornelis Bronsgeest ein geeigneter Mittler war.

Die seltsamen Preisangeboten. In der Nummer 184 des „Vorwärts“ vom 20. März hatten wir unter dieser Ueberschrift die Praktiken der Schloßherren bei der Vergebung städtischer Arbeiten in einzelnen getrennt bezeichnet, nachdem unsere Faktion die Sache in der Stadiverordnetenversammlung zur Sprache gebracht hatte. Wie uns nunmehr mitgeteilt wird, sind bei den Reuenausschreibungen für die Schloßarbeiten noch einige Arbeiten hinzugekommen. Nach den neuen Angeboten und der schließlich erfolgten Zuteilung hat die Stadt etwa 350000 Mark gespart. Das war nur möglich, weil eine Firma, wie damals mitgeteilt, aus der Konvention ausbrach und unsere Faktion die Angelegenheit an die Deffentlichkeit brachte.

Stapellauf „Mark Brandenburg“. Auf der Schichau-Werft in Elbing fand gestern mittag bei prachtvollem Wetter und in Gegenwart zahlreicher Vertreter von Behörden der Stapellauf des Dampfers „Mark Brandenburg“ statt. Es ist dies ein Schiff, das im Auftrag der Berliner Reederei Nobiling gebaut worden ist und bereits Anfang Mai zu Fernfahrten von Berlin aus auf den märkischen Wasserstraßen Verwendung finden soll. Das Schiff hat eine dreifache Expansionsmaschine, ist nach neuester Schiffbautechnischer Konstruktion hergestellt, wobei vor allem auf eine moderne Einrichtung und auf eine hohe Fahrgeschwindigkeit geachtet wurde. Dieser elegante und schnelle Spezialdampfer bietet bequeme Unterfahrt für über 500 Personen. Eine potentierte Vorrichtung ermöglicht es, daß bei eintretendem schlechten Wetter die Passagiere gegen alle Witterungsunbilden geschützt werden und der Dampfer, ähnlich wie bei einem Automobil, in kurzer Zeit vollständig geschlossen werden kann.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. März, im Stadthaus Klosterstraße 50, erste Jugendmehle um 9<sup>1/2</sup> Uhr. Festvortrag: Walter Hambl. Zweite Jugendmehle um 11<sup>1/2</sup> Uhr. Festvortrag: Paul Roal. Mitwirkende: Magart-Rindbergh (Chorführer Herr E. Steffen), Organist Herr C. Himmel.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abteilungsabend, Bezirk Köpenick, Rufmannstraße Sonnabend, 27. März, 7<sup>1/2</sup> Uhr, Vortrag über das Gemeindebestimmungsrecht.



